



Zukunftsideen - Für eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft

Ein neu gestaltetes Europa

Stand 14. April 2020

Lothar Kamp / Thomas Gestrich / Volker Jung / Frank Speier



Inhalt

1	Die Ausgangslage	3
2	Das heute erlebte Europa	4
3	Warum ein starkes Europa und eine europäische Idee für die Zukunft benötigt werden	5
4	Was zu tun ist: (1) Institutionelle Reform der Europäischen Union.....	6
5	Was zu tun ist: (2) Notwendige europäische Projekte	8



1 Die Ausgangslage

Die Ursprünge der heutigen Europäischen Union liegen in der Friedenssehnsucht der europäischen Bevölkerung nach den erlebten Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus und in den noch präsenten Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg und zwei Währungs-Katastrophen. Politiker der früheren Erbfeinde Frankreich und Deutschland fanden zusammen und gründeten unter breiter Resonanz der Bevölkerungen erste europäische Organisationen. Aus diesen entstand 1957, beginnend mit sechs Ländern, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die sich die Ziele gemeinsamer humanistischer und völkerverständigender Werte, gemeinsamen Wirtschaftens und gemeinsamer politischer Institutionen setzte. Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 entstand schließlich die Europäische Union. In dieser werden vor allem gemeinsame wirtschaftliche Ziele verfolgt. Im Laufe der Nachkriegsgeschichte wurden mehrfach Versuche unternommen, über die Wirtschaftsunion hinaus eine *politische* Union zu schaffen. Diese Versuche, festzuschreiben in einer europäischen Verfassung, scheiterten an der Betonung nationaler Interessen mehrerer europäischer Länder. Bis in die jüngste Zeit traten der EU immer mehr Länder bei, sodass der Verband die Zahl 28 erreichte. Die wirtschaftliche Verflechtung der europäischen Länder nahm von Jahr zu Jahr zu. In einem friedlichen Europa bildete sich erheblicher Wohlstand und großes Wohlgefühl heraus, ein Zustand, der heute als selbstverständlich hingenommen oder vorausgesetzt, und kaum noch bewusst als europäischer Erfolg wahrgenommen wird.

Um die Jahrhundertwende wurde für viele Länder Europas die gemeinsame Euro-Währung eingeführt. Dieses vor allem politische, aber wirtschaftlich nicht zu Ende gedachte Projekt führte für Europa zunächst zu einem kräftigen Wirtschaftsschub. Bald zeigte sich aber, massiv verschärft durch die Finanz- und die folgende Euro- und europäische Staatsschuldenkrise, die spaltende Wirkung der gemeinsamen Währung in einem Währungsraum, in dem die Wirtschaftsstrukturen der Länder sehr unterschiedlich waren. Strukturschwache Länder kamen unter Druck und waren gezwungen, Löhne und Sozialleistungen zu kürzen, da sie keine eigene Währung mehr besaßen, die sie abwerten konnten; andererseits profitierten strukturstarke nordeuropäische Länder, vor allem Deutschland, von den durch den Euro für sie sinkenden Zinsen und der Stärkung ihrer Exporte. Gerade der deutschen Bevölkerung ist häufig kaum bewusst, dass ihre Vorteile und ihr Wohlstand zu einem erheblichen Teil der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum zu verdanken sind, oft auf Kosten anderer europäischer Länder.

Jüngere Ereignisse belasteten und belasten in erheblichem Maße den europäischen Einigungsprozess bzw. das gemeinsame Verständnis von Europa, so die Finanzkrise 2007-09 und die folgenden europäischen Banken- und Staatsschuldenkrisen in den Jahren 2010 bis 2012, die Migrationswelle in 2015, der Aufschwung des Rechtspopulismus in zahlreichen europäischen Ländern sowie der Brexit. Die Zunahme europafeindlicher Bewegungen und Parteien kann das europäische Institutionengebäude in Zukunft vor große Bewährungsproben stellen. Diese Gruppierungen vertreten andere Werte, als diejenigen, die bisher in den meisten EU-Ländern getragen wurden und den Geist der europäischen Verträge bestimmen. Diese Gruppierungen beginnen, ihre frühere Vorgehensweise, die Europäische Union „von außen“ zu attackieren, beiseite zu legen und dazu überzugehen, die Gemeinschaft „von innen zu reformieren“. Der spezielle Aufbau der europäischen Institutionen und die fehlende demokratische Durchgestaltung der Union bieten ihnen dafür geeignete Hebel. Da in den europäischen Institutionen oft Konsens- bzw. Einstimmigkeitsprinzipien angewandt werden (und teilweise schwer zu erreichende qualifizierte Mehrheitsentscheidungen), können diese Gruppen in einer ersten Phase wichtige Entscheidungen, beispielsweise im Europäischen Rat bei der Festlegung gemeinsamer Ziele oder im europäischen Gesetzgebungsprozess, blockieren und damit die Weiterentwicklung der Union empfindlich stören



oder beeinträchtigen. In einer zweiten Phase könnten sie versuchen, eigene, europafeindliche Entscheidungen direkt durchzubringen. Wie in einzelnen EU-Ländern könnten diese Gruppierungen die Instrumente der Demokratie nutzen, um die Demokratie von innen zu zerstören. Gerade der Aufstieg dieser Gruppen verdeutlicht die Notwendigkeit der institutionellen Reform der EU. Anderenfalls droht der Zerfall der Gemeinschaft.

2 Das heute erlebte Europa

Sehr viele Menschen unseres Kontinents sind mit dem heutigen „Europa“ unzufrieden, oder sie stehen ihm gleichgültig gegenüber. Die Unzufriedenen empfinden, dass sich die europäische Ebene falsch oder zu stark in ihre Belange einmischt und gleichzeitig für sie selbst zu wenig tut. Sie kritisieren, dass Deutschland zu viel Geld nach Europa gibt und dass unverantwortliche Politiker aus anderen europäischen Staaten auf Kosten „ihres“ Geldes eigennützig und unverantwortliche Projekte durchführen möchten. Sie sind der Meinung, dass Europa ihnen, beispielsweise in der Migrationsfrage oder in der drastischen Veränderung des Arbeits- oder des Zusammenlebens, keinen Schutz bietet. Und die östlichen und südöstlichen Staaten zeigen, dass ihre Vorstellungen von Kultur, Demokratie und Solidarität sich deutlich von denen in den west- und nordeuropäischen Staaten unterscheiden. Für sehr viele Menschen erscheint Europa fremd, bürokratisch und anmaßend. Und ein kleinerer Teil der europäischen Bevölkerung hat einen regelrechten Hass auf die europäischen Einrichtungen entwickelt.

Auf der anderen Seite gibt es viele Menschen, insbesondere unter den jungen, die es genießen, sich in Europa frei bewegen oder studieren oder Kontakte knüpfen zu können. Sie sehen in der Europäischen Union für sich wichtige Vorteile. Und denjenigen, die einen erheblichen Teil ihres Wohlstandes Europa verdanken, ist dies in weiten Teilen unmittelbar bewusst. Der Brexit zeigt allerdings, dass es selbst in alten Demokratien keine Klarheit der bisher kaum hinterfragten Werte gibt. Es kommen wieder nationalistische Orientierungen auf; viele Menschen sehen den Grund ihrer schlechten materiellen und kulturellen Situation in den politischen Eliten, die ihren Problemen keine Aufmerksamkeit schenken, und in einer ihnen schadenden europäischen Politik, gleichgültig, ob diese Wahrnehmungen gerechtfertigt sind. Insofern sind Brexit, Bedrohungen der Unabhängigkeit der Justiz, Duldung von Korruption, und eine auch von Regierungsspitzen einzelner EU-Länder auf Populismus und Lügen aufbauende Politik ernsthafte Warnzeichen an die gesamte EU. Diese Dramatik der Lage und der Gefahren für die Zukunft der EU wird weder in den Gesellschaften in ihrer Bedeutung wahrgenommen, noch in der offiziell verlautbarten Politik angemessen beantwortet.

Nüchtern betrachtet erscheint es offensichtlich, dass die Aufgabenverteilung zwischen der europäischen Ebene und den Mitgliedsländern vielfach fehlstrukturiert ist; und dass die europäischen Institutionen häufig auf ihre Eigenstärkung konzentriert sind und den europäischen Bevölkerungen nicht gut vermitteln, was sie warum tun. Ganz offensichtlich ist es mit der Demokratie auf der europäischen Ebene nicht weit her: Die EU-Kommission ist kaum demokratisch kontrolliert; dem Europäischen Parlament fehlen elementare Rechte, wie die eigene Möglichkeit, Gesetzesvorschläge einzubringen (was nur der EU-Kommission vorbehalten ist); der Europäische Rat der Regierungschefs ist für die laufende Arbeit an den großen Vorhaben der EU die faktisch wichtigste Institutionen, erscheint der europäischen Bevölkerung aber oft als Ort kleinlicher Verhandlungen egoistisch-nationaler Interessen, ohne allzu große Rücksicht auf die zentralen europäischen Ziele. Viele Menschen haben daher das Gefühl, dass ein derartiges Europa ihnen nichts nützt. Populisten können an diese Grundstimmungen anknüpfen und Wut gegen die europäische Ebene mobilisieren. Es gilt also, die Gründe für ein starkes Europa viel klarer als bisher herauszuarbeiten, breit zu diskutieren und möglichst vielen Menschen in Europa einsichtig zu machen.



Dabei geht es nicht um europäische Romantik, sondern um eine von Verstand und Analyse geprägte europäische Notwendigkeit, die aber auch durch emotionale Begeisterung getragen sein muss.

3 Warum ein starkes Europa und eine europäische Idee für die Zukunft benötigt werden

Langfristig gedacht wäre es naiv zu glauben, dass uns als einzelnes Land in Europa das Geschehen auf dem Kontinent und in der gesamten Welt unberührt lassen kann und dass alles so weiter gehen kann wie bisher. Es ist denkbar, dass, selbst in Europa, wieder neue Kriege entstehen; dass zukünftige Konflikte im Nahen Osten uns unmittelbar und tiefgreifend betreffen; dass internationale Finanzkrisen oder die Macht fremder Währungssysteme Teile unseres Wohlstands zerstören; dass Digital- und weitere Konzerne aus anderen Kontinenten uns wirtschaftlich überrollen; dass Deutschland, und sogar Europa in den herausziehenden Auseinandersetzungen um globale Machtführerschaft, insbesondere zwischen den USA und China, zerrieben werden; dass Russland, China und andere Länder zunehmend Strategien verfolgen, Europa und einzelne europäische Länder zu spalten, zu destabilisieren und zu schwächen, was einen Zerfallsprozess der EU beschleunigen könnte; dass globale Machtverschiebungen uns fremde Werte und Kulturen aufzwingen; dass große Migrationswellen die Stabilität unserer Gesellschaften gefährden; und dass der Klimawandel unseren Wohlstand und unser Wohlfühl erheblich beeinträchtigen. Gegenüber diesen Entwicklungen ist ein einzelnes europäisches Land machtlos. Wir brauchen Europa, um in diesen Szenarien standhalten und mitgestalten und unsere erreichten Werte sowie kulturelle und demokratische Fortschritte erhalten, verteidigen und ausbauen zu können. Europäische Werte wie z.B. Menschenrechte müssen im Inneren glaubhaft umgesetzt und nach außen gemeinsam vertreten werden. Dazu ist eine durchdringende gemeinsame europäische Idee erforderlich. Sie steckt in der Verbindung von Kriegsfreiheit, Wohlstand und gemeinsamen Werten wie Gleichheit, Solidarität, Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit und Völkerverständigung. Tatsächlich könnte Europa bzw. die Europäische Union ein starker Machtfaktor im Wettstreit der Mächte in einer nun multipolaren Welt sein. Seine potenziellen Stärken liegen in einer großen Bevölkerung, in hoch wettbewerbsfähigen Unternehmen und in Institutionen, die für gesellschaftliche Stabilität, Vertrauen und Gerechtigkeit sorgen können. Ob diese Stärken im globalen Wettbewerb zur Geltung kommen oder aufrechterhalten werden können, hängt im Wesentlichen davon ab, ob die europäischen Länder eine gemeinsame Idee von Europa entwickeln und diese zur Praxis werden lassen, weil sie davon innerlich überzeugt sind. Internationale Organisationen werden Europa nicht groß weiterhelfen. Die derzeitige öffentliche und mediale Diskussion um die Zukunft Europas dreht sich besonders um die innere Verfasstheit der EU. Auch die Parteien des Europa-Wahlkampfes konzentrieren sich auf diesen Punkt. Angesichts der Dramatik der derzeitigen Situation muss aber der Stabilisierung nach außen und nach innen Vorrang eingeräumt werden. Wenn es der EU gelingt, Sicherheit im internationalen Kontext zu gewährleisten, Europa im Konzert der Weltmächte klar und mit eigener Stimme zu positionieren, den inneren Zusammenhalt zu gewährleisten und den europäischen Bürger*innen das Gefühl von Sicherheit, Schutz und positiver Lebensperspektive zu vermitteln, hat sie eine Zukunft.



4 Was zu tun ist: (1) Institutionelle Reform der Europäischen Union¹

- Eine weitere **Vergemeinschaftung** bzw. Europäisierung in der EU ist aufgrund der oben gemachten Annahmen dringend erforderlich. Angesichts der derzeitigen Fragilität Europas ist mit diesem Ziel allerdings sehr überlegt, sehr abwägend und sehr differenziert umzugehen. Es muss eine Konzentration auf die vorrangigsten Probleme erfolgen, die dann aber auch mit aller Kraft angepackt werden müssen. Und es sind diejenigen Felder klarer zu benennen, in denen eine weitere Integration nicht erforderlich und dort dann auch zu vermeiden ist. Ein Maßstab dafür ist, entscheidend das Leben möglichst vieler Bürger*innen in der EU zu verbessern; ein weiterer, diejenigen großen Problemfelder besser zu identifizieren, zu beschreiben und breiten Bevölkerungen in der EU zu kommunizieren, die durch Nationalstaaten nicht mehr, und schon gar nicht besser zu lösen sind. Aufgrund der Fragilität sollten in mittelfristiger Perspektive keine weiteren neuen Mitglieder in die EU aufgenommen werden.
- Ein **europäischer Kassensturz** ist fällig. Die EU, die nationalen Regierungen und die Zivilgesellschaften müssen intensiv untersuchen, welche konkreten Maßnahmen der EU dazu geführt haben, dass sich so viele Bürger von der europäischen Idee abgewandt haben: Wo wurde die Differenziertheit europäischer Regionen nicht genügend respektiert? Wo hätten Dinge auf einer niedrigeren als auf der europäischen Ebene gelöst werden können? Wo wurden Probleme, deren Lösung die europäischen Bürger*innen von der europäischen Ebene erwartet haben, dort nicht angepackt? In welchen großen Fällen wurden europäische Ressourcen falsch eingesetzt oder verschwendet? Wo muss mit unterschiedlichen Verbindlichkeitsgraden gearbeitet werden?
- „Europa“ muss mit den Bedürfnissen der Bevölkerungen in den einzelnen **Regionen** intensiver verzahnt werden. Die europäische Ebene muss diese Bedürfnisse klarer und direkter aufnehmen. Kurzfristig müssen die europäischen Institutionen wesentlich besser darüber informieren, was sie tun und warum sie etwas tun; ihre Projekte immer darauf hin überprüfen, ob dies nicht besser auf einer unteren Ebene erledigt werden kann; und in attraktiven Dialogen „vor Ort“, in einzelnen Ländern, ihre Vorhaben Diskussionen aussetzen und deren Ergebnisse tatsächlich und transparent in die eigene Arbeit einfließen lassen.
- Mittel- und langfristig benötigt Europa **demokratischere Strukturen**, in denen eine handlungsfähige „europäische Regierung“, ein „echtes europäisches Parlament“, transparente und eine vom Bürger*innen-Willen tatsächlich beeinflussbare Legislative und Exekutive sowie ein föderaler „Staatsaufbau“ existieren. EU-Kommissionspräsident und EU-Kommissare sollten vom Europa-Parlament gewählt (und abberufen) werden und die Mitgliedstaaten dabei auf ihre Vorschlagsrechte verzichten. Die Europäische Kommission sollte in eine echte europäische Regierung umgewandelt werden. Der Umstrukturierungsbedarf bezüglich des EU-Parlamentes ist elementar. Die EU-Abgeordneten müssen strikter als bisher nach Proportionalität zur Bevölkerungsstärke gewählt werden², was zunächst schwer zu erreichen ist, aber ein unverzichtbares langfristiges Ziel sein muss. Bei Europa-Wahlen sollte es gemeinsame europäische Wahllisten geben und es sollte dabei auf integriertere europäische Parteistrukturen hingearbeitet werden, die länderübergreifend politische Ziele und Programme entwickeln und durchsetzen. Allmählich sollte auf diese Weise ein echter

¹ Aufsteigend geordnet nach Schwierigkeit in der Umsetzung und nach Akzeptanz in den EU-Ländern

² Auf Deutschland mit seinen ca. 80 Mio. Einwohnern entfallen 96 Sitze, d.h. ein Sitz auf 811.000 Einwohner, auf Malta (ca. 400.000 Einwohner) 6 Sitze, d.h. ein Sitz auf 67.000 Einwohner



europäischer Souverän geschaffen werden und damit den europäischen Bürger*innen die tatsächliche und deutlich sichtbare Möglichkeit eines Einflusses auf europäische Entscheidungen gegeben werden. Das Europa-Parlament muss gesetzgeberische Initiativrechte erhalten und mit größeren Kompetenzen die Arbeit der EU-Kommission kontrollieren können. Das EU-Parlament sollte auch einen eigenständigen Etat erhalten. Aber statt eines übermäßig starken europäischen Zentralismus (wie es möglicherweise Frankreich anstrebt) sollte die EU *strikt* föderal aufgebaut sein, mit der klaren Ausrichtung, dass Dinge, die auf einer niedrigen Ebene erledigt werden können, dort auch erledigt werden (Subsidiaritätsprinzip). Hierzu könnten Quoren eingeführt werden, mit denen nationale bzw. regionale Parlamente europäischen Rechtsetzungsinitiativen widersprechen können, wenn sie von diesen unmittelbar betroffen sind. Der Europäische Rat der Regierungschefs und der Rat der Europäischen Union („Ministerrat“) könnten zusammengefasst in eine „zweite Kammer“ des europäischen Zielfindungs- und Gesetzgebungsprozesses umgewandelt werden, durch die Länderinteressen repräsentiert würden. Die Institution des europäischen Rates ist eine wesentliche Barriere für das Ziel eines demokratisch strukturierten, föderalen europäischen Bundesstaates“.

- Fragen einer **gemeinsamen Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik** in der EU sind extrem sensibel. Die Mitgliedsländer sehen in diesen Feldern einen streng zu schützenden nationalen Hoheitsbereich. Die gemeinsame Währung, aber auch andere Sachverhalte, verlangen aber ein Infragestellen dieser absoluten „Souveränität“. Die Einführung des Euro ohne gemeinsame Steuer- und Wirtschaftspolitik hat zu steigenden Ungleichgewichten in Europa geführt. Hier muss über gemeinsame Projekte der Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik gegengesteuert werden. Die innereuropäische Freizügigkeit hat zu manchen Problemen geführt. Sie muss ohne Tabu auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls neu justiert werden. Allgemein ist es wichtig, Prinzipien einer *sozialen* Marktwirtschaft zu etablieren, im Unterschied zu einer Wirtschaftsform, in der die Märkte sich weitestgehend selbst überlassen und soziale und Gerechtigkeits-Belange und entsprechende staatliche Kompetenzen ins Abseits gedrängt werden. Um ein starkes Europa zu bilden, in dem die wirtschaftlichen Verhältnisse der EU-Länder möglichst weit einander angenähert werden und in dem möglichst wenig schwache Regionen zurückbleiben, sind folgende Strukturmaßnahmen in den europäischen Institutionen erforderlich: (1) Vollendung der Bankenunion, einschließlich einer gemeinsamen Einlagensicherung (abgesichert durch Fonds der Banken und möglichst minimale staatliche Backstops); (2) eine gemeinsame Sozialpolitik, einschließlich einer vergemeinschafteten europäischen Arbeitslosenrückversicherung (gestützt durch einen Fonds, der für Notlagen Kredite vergeben kann, die aber zurückgezahlt werden müssen) und gemeinsamer Mindeststandards für Entlohnung; (3) in der Steuerpolitik (siehe gesondertes Kapitel) Mindeststandards in der Unternehmensbesteuerung, einschließlich einer europäischen Steuer für Konzerne, die auf Datennutzung spezialisiert sind, und einer Finanztransaktionssteuer (insbesondere für Finanz-Derivate und Hochgeschwindigkeitshandel); (4) Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen Europäischen Währungsfonds, der, parallel zum Internationalen Währungsfonds (IWF), europäischen Staaten in Not Hilfen gewähren kann, aber ihnen dabei nicht wie in bisherigen Programmen im Gegenzug Sozialdumping und Privatisierung abverlangt; (5) Einführung einer gemeinsamen europäischen Finanzpolitik und eines europäischen Finanzministers (aber unter strikter Beachtung der oben genannten Subsidiaritäts-Prinzipien); (6) Einführung eines eigenen Budgets für den Euroraum für europäische Projekte mit einem klaren gemeinsamen Nutzen (zunächst klein; evtl. finanziert aus einer Finanztransaktions- oder einer Börsenumsatzsteuer); (7) Ausgabe von



gemeinsamen europäischen Anleihen, die den Staaten günstige Kredite und Möglichkeiten des Schuldenabbaus bieten, aber so gestaltet sein, dass eine unverantwortliche Verschuldung auf Kosten anderer Länder ausgeschlossen wird³; (8) eine europäische Wirtschaftspolitik mit einem wirksameren Kartellrecht, verstärkter Steuervereinheitlichung und -konsequenz, und einer gezielteren Strukturentwicklung für Schlüsselbranchen statt der wenig kontrollierbaren und wenig effizienten Struktur-Fonds; flexiblerer Umgang mit der Staatsverschuldung europäischer Länder (bessere Berücksichtigung von Notlagen, struktur- und wettbewerbspolitische Stärkung von Wirtschaft, Gegenrechnung von Investitionen gegen Schulden); (9) eine deutliche Einschränkung der Macht von Lobbyisten in Brüssel, die gegen Gemeinwohlprinzipien operieren. Die Auslagerung bestimmter exekutiver Funktionen aus der Europäischen Unionen heraus und ihre gleichzeitig zu geringe oder gar ihre fehlende demokratische Kontrolle (z.B. durch das EU-Parlament) muss zurückgenommen und darf nicht weiter ausgebaut werden. Hierzu gehören Institutionen wie: EU-Außenbeauftragte/r, ein/e mögliche/r europäische/r Wirtschafts- und/oder Finanzminister/in, Europäische Zentralbank (da wo sie beginnt, in fiskal-, wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitische Bereiche einzudringen), Europäischer Stabilitäts-Mechanismus (ESM, der hoch wirksam und mit weit reichenden Konsequenzen in die Verschuldungspolitik von Staaten und Banken eingreifen kann) oder die „Troika“ (aus EZB, EU-Kommission und IWF, die wie im Falle Griechenlands Hilfskredite gegen sehr weit reichende, sozial schädliche Auflagen verhandelt und vermittelt).

5 Was zu tun ist: (2) Notwendige europäische Projekte

- Umfangreicherer Ausbau **wissenschaftlichen Austausches**, einschl. deutlicher Erweiterung des Erasmus-Programms, gemeinsamer europäischer Projekte, wie Forschung zu neuen Energiesystemen (z.B. intelligente Netzwerke oder Wasserstoff- und Speicher-Technologien), Digitalisierung/Künstlicher Intelligenz, alternativen Verkehrssystemen, ...). Ein wichtiges Ziel muss es sein, nationale und europäische Patente wesentlich stärker als in der Vergangenheit in der EU tatsächlich umzusetzen, und dies nicht anderen Regionen zu überlassen. Der Schutz geistigen Eigentums ist trotz der sensiblen Verknüpfung mit Exportfragen entschlossen zu verteidigen.
- Eine europäische **Klima- und Umweltschutzpolitik** muss darauf hinwirken, die Ziele des Pariser Klimaabkommens entschlossener realisieren zu helfen. Dazu gehört in einem ersten Schritt eine drastische Reduzierung der Treibhausgas-Zertifikate, da deren viel zu große Menge und deren viel zu niedrige Preise zurzeit in keiner Weise die angestrebte „marktwirtschaftliche“ Lenkungswirkung in Richtung vereinbarter Verringerung der Treibhausgase aufweist. In einem zweiten Schritt sollte für alle Emittenten (also auch Haushalte, Landwirtschaft und die bisher nicht adressierten Unternehmen) eine, ebenfalls marktwirtschaftlich wirkende, CO₂-Steuer eingeführt werden. Auf Exporte von Abfällen in Entwicklungsländer ist zu verzichten. Der Einsatz und die umweltmäßige Verbreitung von Plastikprodukten sind mit hoch wirksamen Anreizsystemen deutlich einzudämmen.
- Die Zuständigkeit zur **Flüchtlings- und Migrationspolitik** muss mittelfristig auf europäischer Ebene angesiedelt werden. Die große Zahl von Flüchtlingen in den Jahren 2015/16 hat Europa vor große Probleme gestellt und gezeigt, dass das seitdem immer

³ Das vom Ökonomen Markus Brunnermeier vorgeschlagenen „European Safe Bonds – ESBies wären eine Möglichkeit dazu; siehe folgende Links: <https://blogs.faz.net/fazit/2017/01/27/wie-die-ezb-anleihen-wieder-los-werden-kann-8316/>, <https://makronom.de/eu-gipfel-eurozone-reform-esbies-sbbs-der-teufels-kreis-aus-staats-und-bankenkrise-muss-durchbrochen-werden-27138/>; Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2016/17: <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2016-2017.html>



noch ungelöste Problem der Verteilung bereits angekommener als auch neu ankommender Flüchtlinge nicht durch Zwangsmaßnahmen lösbar ist. Ein Konzept der Freiwilligkeit auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, mit EU-Unterstützung, scheint die bessere Lösung zu sein. Dabei sollten Anreize die einzelnen Staaten dazu anregen, an möglichst vielen Punkten von Programmen teilzunehmen, ohne sie jedoch zur Beteiligung an allen Punkten zu zwingen. Eine Nichtteilnahme sollte mit entgehenden finanziellen Ressourcen verbunden sein; die Teilnahme sollte mit Kostenerstattungen belohnt werden. Bestandteil der Migrationspolitik muss ein klares Konzept des Schutzes der europäischen Außengrenzen sein, mit einer Durchlässigkeit für echt schutzbedürftige Menschen. Die Entwicklung Afrikas muss als europäische Aufgabe erkannt werden. Beispiele effektiver Maßnahmen wären die Elektrifizierung des ländlichen Afrikas oder Erneuerbaren erzeugte Energieträger, die nach Europa exportiert werden könnten.

- Die europäische **Außen- und Sicherheitspolitik** beschränkt sich zurzeit auf bloße und schwache Koordination. Angesichts der oben benannten sich herausbildenden globalen Kräfteverhältnisse ist dies völlig unzureichend. Diese beiden Politikfelder müssen allmählich und langfristig – aber strikt verbunden mit der beschriebenen tiefgreifenden Demokratisierung der europäischen Institutionen – zu einem echten gemeinsamen Politikbereich auszubauen, bis hin zu einer – in weiter Ferne – alleinigen Zuständigkeit der europäischen Ebene, wenn eine europäische „Regierung“ durch das dargestellte demokratische System kontrolliert werden kann. Die Hauptschwerpunkte dieses Politikbereiches dürften im Nahen Osten und in Afrika liegen (verzahnt mit der Migrationspolitik); es folgen die Beziehungen zu Russland, USA und China; und danach läge die Bedeutung anderer Länder. Es müssen wesentlich tiefere und verbindlichere, europäisch abgestimmte Dialoge mit USA, China, Russland, Iran sowie afrikanischen Ländern erfolgen, außerdem ein einheitliches Auftreten Europas in der UNO. Europa muss sich beteiligen am Kampf gegen internationales Verbrechen und Terrorismus. Es gilt auch, den Aufbau neuer globaler Allianzen anzusteuern, z.B. mit Japan, Kanada, Australien oder Süd-Korea, und ein selbstbewusstes Ausloten gemeinsamer Interessen mit den großen Mächten USA und China, aber besonders auch mit Russland zu suchen. Die Einflussnahme fremder Mächte auf Mitgliedstaaten der EU muss durch geeignete Kooperationen untereinander und durch gemeinsame Gegenwehr nach außen verhindert werden. Eingriffe von außen werden zurzeit erleichtert durch das Einstimmigkeits-Prinzip der EU. Die Einführung des qualitativen Mehrheitsprinzips in der europäischen Außenpolitik würde die Erpressbarkeit der EU verringern.
- Langfristig notwendig ist die Einrichtung einer **Europäischen Verteidigungsgemeinschaft** und einer eigenen europäischen Verteidigungsarmee, parallel zur NATO, aber auch parallel zu einer spezifischen europäischen Friedens-, Entspannungs-, Völkerfreundschafts- und Kooperationspolitik. Die USA haben bereits erklärt, dass sie bei Konflikten nicht mehr von einem automatischen Bündnisfall ausgehen. Außerdem erfordern die Entwicklung im Nahen Osten und die spezielle Situation der osteuropäischen bzw. der baltischen Staaten spezielle Sicherheitskonzepte, die aber nicht feindlich gegen Russland gerichtet strukturiert sein dürfen. Europa muss sich massiv für die Beibehaltung des INF- (Mittelstreckenwaffen) und des Start- (strategische Waffen)Vertrages, für Abrüstung und für die Einschränkung von Rüstungsexporten einzusetzen. Der KSZE-Prozess sollte wiederbelebt werden. Langfristig sollte die EU auf die Einrichtung einer ständigen Konferenz für Abrüstung und Rüstungskontrolle im Rahmen der UNO dringen. Es ist eine starke Cyber-Macht aufzubauen. Europa und EU-Länder sind gegenüber Cyber-Angriffen wenig geschützt und leicht



angreifbar in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Infrastruktur. Desinformation und Terrorismus können über Netze in Europa leicht gesteuert werden.

- Europäische **Entwicklungs- und Handelspolitik** als ein gemeinsam zu sehender Politikbereich ist wiederum eng verknüpft mit europäischer Migrations-, Außen- und Sicherheitspolitik. In Vereinbarungen mit ökonomisch schwachen Ländern, insbesondere afrikanischen, muss es diesen erlaubt sein, Importzölle in jenen Sektoren zu erheben, in denen die Länder erst noch Wirtschaftsstrukturen aufbauen wollen oder müssen. Europäische Subventionen von Exporten in ökonomisch schwache Länder, und bei Schädlichkeit diese Exporte auch selbst, sind zu unterlassen. Direktinvestitionen in ökonomisch schwache Länder gilt es zu fördern. Dabei ist darauf zu achten, dass ein Verhaltens-Kodex Arbeitsbedingungen sicherstellt, die Ausbeutung oder unmenschliche Arbeitsbedingungen vermeiden. Ein Investitions- oder Aufbauprogramm könnte im Format einer internationalen Konferenz eingerichtet werden. Es sind bei Handelskooperationen möglichst effektive Schutzmechanismen in Bezug auf Missbräuche der Handelsergebnisse durch korrupte Regierungen oder Eliten einzuziehen. Gleichzeitig muss Europa eine wehrhafte Politik gegen die Übermacht internationaler Konzerne entwickeln.
- Die europäische **Finanzmarkt-Regulierung** ist deutlich stärker zu verschärfen und zu vergemeinschaften. Finanz- und Kapitalmärkte haben eine herausragende Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in der EU, für die Finanzierung politischer Projekte und für das Wohnungswesen und die Vermögensanlage. Es ist offensichtlich, dass wir in Zukunft mit häufigeren Finanzmarkt-Turbulenzen und -Krisen rechnen müssen, die diese Nutzen bedrohen. Von daher ist eine effektive und effiziente Finanzmarkt-Regulierung von hoher Bedeutung. (siehe das gesonderte Kapitel).
- Es ist eine gemeinsame **europäische Wirtschaftspolitik** erforderlich. Europa braucht eine starke gemeinsame Technologie- und Industriepolitik. Das Verbot der Fusion ICE/TGV weist nicht in die richtige Richtung; Europa muss in wichtigen Technologien als eigener und einiger globaler Player auftreten können. Die europäischen Wettbewerbsregeln müssen die Existenz eines weltweiten Wettbewerbs berücksichtigen. Europa muss seine Rohstoffversorgung frei von außer-europäischen Einflussnahmen regeln. Die Infrastrukturen Europas müssen geschützt und gemeinsam europäisch weiterentwickelt werden. Der Druck auf Griechenland in dessen Krise 2010-12, massiv zu privatisieren, schuf Einfallstore für außereuropäische Staaten und war somit höchst kontra-produktiv. Häfen, Stromnetze oder technologiesensible Unternehmen dürfen in Zukunft nicht mehr an China und andere außereuropäische Staaten verkauft werden. Die digitale Infrastruktur Europas muss geschützt werden.